

18. August 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Ende der Sommerferien in vielen Bundesländern übersende ich Ihnen eine Auswahl aktueller fachpolitischer und fachlicher Jugendhilfethemen auf der Bundesebene, die als kontextuelle Informationen für Ihre systemische Arbeit in der Sozialarbeit, Beratung und Therapie interessant sein können:

- „Exklusion beenden: Kinder- und Jugendhilfe für alle jungen Menschen und ihre Familien!“
- Antwort zu Kleiner Anfrage der Linken zu Situation des Pflegekinderwesens
- Inhaftierung auch von Kindern und Jugendlichen in Abschiebehaft in Deutschland möglich: DGSF unterstützt offenen Brief gegen das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“
- UN-Ausschuss gegen Folter kritisiert Anker-Zentren in Deutschland
- Bundeskabinett beschließt langfristige Finanzierung des Fonds Sexueller Missbrauch
- Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft: DGSF im Fachbeirat und Dokumentation zum Fachtag „Starke Vormundschaft – starke Kinder“
- Bundeskoordinierungsstelle Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe
- Rubrik Dies und Das: „Wir sind doch keine Heimkinder“ – Filmprojekt und Initiative gegen Stigmatisierung von „Heimkindern“
- Pilotprojekt: Systemisches Arbeiten in der Erziehungshilfe in Kooperation von IGfH, praxis-institut süd und DGSF ab Dezember 2019

Noch eine weitere wichtige Information:

Die DGSF-AG Kinderschutz hat eine Broschüre „Systemischer Kinderschutz: Kontexte, Wechselwirkungen und Empfehlungen“ erarbeitet, die im September veröffentlicht und bei der DGSF-Jahrestagung in Hamburg vorgestellt wird! Die Broschüre, die auch Einfluss auf die fachpolitischen Entwicklungen im Rahmen der Novellierung des SGB VIII nehmen soll, wird auf der Website der DGSF kostenlos runterzuladen sein. Sie soll zum Dialog und Diskurs über wesentliche Themen des Kinderschutzes einladen und unter Beteiligung der Expertise von praktizierenden Systemiker*innen weiterentwickelt werden. Nähere Information dazu folgen in den nächsten Wochen. Falls Sie die DGSF-Rundmail-Jugendhilfe nicht mehr erhalten möchten, senden Sie mir bitte eine kurze Mail.

Ich wünsche Ihnen noch ein paar schöne Sommertage!
Herzliche Grüße aus Köln.

Birgit Aeverbeck
Fachreferentin für Jugendhilfe/-politik und Soziale Arbeit

Appell „Exklusion beenden: Kinder- und Jugendhilfe für alle jungen Menschen und ihre Familien!“

Mit einem gemeinsamen Appell fordern u.a. über 120 Professor*innen, über 30 Hochschulen, rund 260 bundes- und landesweite sowie regionale Verbände/Träger/Einrichtungen, Landesministerien und Kommunen endlich die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in Deutschland und damit die

Auflösung der Trennung von Eingliederungshilfe und Jugendhilfe und die Zusammenführung von Hilfen und Leistungen für behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendlichen im SGB VIII. Die DGSF und die SG haben den Appell mit unterzeichnet und zudem ihre Mitglieder aufgefordert, auch Bundes- und Landtagsabgeordnete für das Thema zu sensibilisieren.

Zielperspektive des Appells ist zunächst die letzte AG-Sitzung des „Mit-reden-Mitgestalten“-Beteiligungsprozesses des Bundesfamilienministeriums am 17. September 2019 in Berlin.

Noch bis zum 20.08.2019 ist der Online-Dialog mit der Fachöffentlichkeit in dem Dialogprozess des BMFSFJ für die nächste zweitägige Sitzung der Arbeitsgruppe „SGB VIII: Mitreden – Mitgestalten“ am 17./18. September freigeschaltet. Sie können sich unter [diesem Link](#) zu den dort formulierten Fragen äußern. Die Information erfolgt aufgrund der Urlaubszeit sehr kurzfristig, ich bitte dies zu entschuldigen.

Antwort zu Kleiner Anfrage der Linken zu Situation des Pflegekinderwesens

Die DGSF positioniert sich seit 2016 zu den fachpolitischen Entwicklungen im Pflegekinderwesen und den beabsichtigten Änderungen im Rahmen der SGB VIII-Novellierung. Die entsprechenden Stellungnahmen des Fachverbands sind auf der Website eingestellt. Die Fraktion Die Linke hat eine kleine Anfrage zur Situation des Pflegekinderwesens gestellt, auf die die Bundesregierung im April 2019 [geantwortet](#) hat.

Neben vielen interessanten Einblicken in Datenmaterialien zeigt die Kleine Anfrage u.a., dass so viele Kinder wie noch nie in Pflegefamilien untergebracht sind und die Verweildauer von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Pflegefamilien mit durchschnittlich 30 Monaten fast doppelt so hoch ist wie in stationären Einrichtungen (16 Monate). Zu der Nachbetreuung nach Ende einer Vollzeitpflege- oder Heimaßnahme weisen die Daten des Statistischen Bundesamts aus, dass über die Hälfte der Kinder, deren Maßnahme in der Pflegefamilie endet, danach in einer anderen Pflegefamilie oder in der stationären Heimerziehung weiterbetreut werden und ein knappes Drittel in die Herkunftsfamilie oder zu Verwandten zurückkehren. Die DGSF fordert in ihren Positionierungen eine kontinuierliche qualitative Elternarbeit sowohl mit dem System der Pflegefamilie als auch mit dem System der Herkunftsfamilie.

Inhaftierung auch von Kindern und Jugendlichen in Abschiebehaft in Deutschland möglich: DGSF unterstützt offenen Brief gegen das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“

Das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ wurde in einem Hau-Ruck-Verfahren am 28. Juni im Bundesrat beschlossen. Es werden nach Einschätzung des FORUM MENSCHENRECHTE und des Bundesverbands unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (BumF) gravierende Folgen für geflüchtete Menschen befürchtet: massive Leistungskürzungen, maßlose Inhaftierungen, lange Unterbringungsverpflichtungen sowie die Bedrohung der Zivilgesellschaft aufgrund von potentieller Kriminalisierung durch Bezichtigung der Beihilfe zum Geheimnisverrat sind nur einige drastische Beispiele.

Auch viele Kinder und Jugendliche, die mit ihren Familien geflüchtet sind und keine entsprechenden Papiere vorweisen können, werden massiv betroffen sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 07.06.2019 auf ihrer Website auf die Frage „Werden künftig Familien mit Kindern und Jugendlichen eingesperrt?“ folgendermaßen geantwortet:

Für Minderjährige und Familien mit Minderjährigen gelten ganz hohe Schutzrechte. Sie dürfen nur in besonderen Ausnahmefällen und nur so lange in Abschiebehaft genommen werden, wie es unter Berücksichtigung des Kindeswohls angemessen ist. Das Kindeswohl hat Vorrang. Diese Rechte werden durch das Geordnete-Rückkehr-Gesetz nicht berührt.

Bei unbegleiteten Minderjährigen und Familien mit Minderjährigen darf Haft nur im äußersten Fall und für die kürzest mögliche angemessene Dauer eingesetzt werden. Bis zur Abschiebung müssen in Haft

genommene Familien eine gesonderte, räumlich getrennte Unterbringung erhalten, die ein angemessenes Maß an Privatsphäre gewährleisten. [Link zu den Informationen](#). Inwieweit das Kindeswohl und die Umsetzung von Kinderrechten nach der UN-Kinderrechtskonvention in Haftanstalten gesichert sein können, bleibt zu bezweifeln. Es ist vollkommen unklar, wer dies kontrolliert und wer „die kürzest mögliche angemessene Dauer“ definiert (Kommentar Fachreferentin B.A.).

Als systemischer Fachverband, der sich der Einhaltung humanitärer Werte allen Menschen gegenüber, unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem ausländerrechtlichen Status, verpflichtet fühlt, hat sich die DGSF an einem [offenen Brief](#) verschiedener Organisationen gegen das Gesetz beteiligt und auf der Website des Verbands Stellung bezogen:

(<https://www.dgsf.org/aktuell/news/geordnete-rueckkehr-gesetz-nicht-verabschieden>)

(<https://www.facebook.com/dgsf.org>)

Weitere Informationen zu den Gesetzesgrundlagen finden Sie [hier](#).

UN-Ausschuss gegen Folter kritisiert Anker-Zentren in Deutschland

Der UN-Ausschuss gegen Folter überwacht die Einhaltung der Internationalen Antifolterkonvention in den Vertragsländern wie Deutschland. Er hat die Ankerzentren für schnellere Asylverfahren in Deutschland kritisiert. Die Freiheit der dort für lange Zeit untergebrachten Asylbewerber sei eingeschränkt, bemängelte der Ausschuss in einer Stellungnahme. Abschiebungen würden nach Berichten unter Zwang vollzogen. Die Experten des UN-Gremiums wiesen auch auf die räumliche Abgeschiedenheit von Zentren hin. Zudem könnten Asylbewerber außerhalb der Zentren keine medizinische und soziale Hilfe erhalten. [Nähere Informationen hier](#).

Bisher gibt es in Deutschland sogenannte Anker-Zentren vor allem in Bayern. In den Sammelunterkünften arbeiten alle zuständigen Behörden unter einem Dach, um Asylverfahren zu beschleunigen und Abschiebungen direkt aus den Zentren zu ermöglichen.

Die DGSF hat im Rahmen der Eröffnung der ersten Ankerzentren in Bayern im August 2018 eine [fachpolitische Positionierung](#) gegen eine mehrmonatige Unterbringung von Menschen in Massenunterkünften veröffentlicht.

Bundeskabinett beschließt langfristige Finanzierung des Fonds Sexueller Missbrauch

Der Fonds „Sexueller Missbrauch im familiären Bereich“ besteht seit Mai 2013 als ergänzendes Hilfesystem für Betroffene, die als Kinder und Jugendliche im familiären Bereich sexualisierte Gewalt erfahren haben. Er wird über den Bund finanziert und bietet niedrigschwellige und bedarfsgerechte Hilfen, die bei der Abmilderung bzw. Überwindung von heute noch bestehenden Folgeschäden des Missbrauchs unterstützen sollen. Betroffene können Sachleistungen wie z.B. Therapien in Höhe von maximal 10.000 Euro erhalten. Bei behinderungsbedingtem Mehraufwand zur Inanspruchnahme der Hilfen werden zusätzlich bis zu 5.000 Euro gewährt. [Nähere Informationen finden Sie hier](#).

Bitte geben Sie diese Informationen an Betroffene weiter.

Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft: DGSF im Fachbeirat und Dokumentation zum Fachtag „Starke Vormundschaft – starke Kinder“

Das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft ist ein multiprofessioneller Zusammenschluss von Verbänden, Organisationen und Einzelpersonen. Es ist anerkannter Dreh- und Angelpunkt der Diskussion um die Entwicklung und Qualität der Vormundschaft. Vertreten sind Praxis und Wissenschaft, alle Formen der Vormundschaft, soziale Dienste, erzieherische Hilfen und die Familiengerichtbarkeit. Seit Oktober 2018 wird das Bundesforum durch Projektgelder des BMFSFJ

gefördert: Der Aufbau des Vereins Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft e.V. sowie der Koordinierungsstelle soll der Nachhaltigkeit der Arbeit dienen und eine Anlaufstelle für alle an der Vormundschaft/Pflegschaft Interessierten schaffen.

Die DGSF, Birgit Averbeck, ist eingeladen, in dem neu gegründeten Fachbeirat der Koordinierungsstelle des Bundesforums Vormundschaft und Pflegschaft, in dem es um die Weiterentwicklung der Vormundschaft und Pflegschaft in Deutschland geht, mitzuwirken. Vom 27.-29. Mai 2019 fand die dritte Fachtagung des Bundesforums mit dem Titel „Starke Vormundschaft, Starke Kinder!“ in Bonn, Bad Godesberg, statt. Die Tagung setzte sich mit aktuellen Entwicklungen rund um das Thema Vormundschaft, wie z.B. der Reform des Vormundschaftsrechts, Forschungsvorhaben und zur Entwicklung gesellschaftlicher Erziehungsvorstellungen auseinander. Weitere Themen und Inhalte waren u.a. Zusammenarbeit und Konflikte mit Erziehungspersonen, Gestaltung der Beteiligung von Adressat*innen und der Umgang mit „entkoppelten“ Jugendlichen sowie Workshops mit Care-Leavern, die Vormundschaft selbst erlebt haben.

Die DGSF hat gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) einen Workshop zum Thema „Der Platz der professionellen Vormundschaft zwischen Weisungsfreiheit und Qualitätsentwicklung im Jugendamt, im Verein und beruflicher Vormundschaft“ durchgeführt. Das Thema soll systemisch in Kooperation der DGSF mit anderen Fachverbänden und betroffenen jungen Menschen (Care-Leavern) weiterentwickelt werden.

Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, sende bitte eine Mail an averbeck@dgsf.org.

Ab sofort kann die Tagungs-Dokumentation zum Fachtag des Bundesforums Vormundschaft und Pflegschaft [online abgerufen werden](#).

Bundeskoordinierungsstelle Ombudschaft in der Kinder-und Jugendhilfe

Seit dem 01. Juli 2019 existiert mit der durch das BMFSFJ geförderten Bundeskoordinierungsstelle Ombudschaft in der Kinder-und Jugendhilfe eine fachpolitische Interessenvertretung und bundesweite Ansprechpartnerin für Ombudschaffin der Kinder-und Jugendhilfe. Die Bundeskoordinierungsstelle hat sich zum Ziel gesetzt, ombudschafftliche Arbeit in der Kinder-und Jugendhilfe, insbesondere in den Hilfen zur Erziehung, fachlich und fachpolitisch voranzutreiben, zu etablieren und qualitativ abzusichern. Ein besonderer Fokus liegt auf der Umsetzung und Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen sowie deren Erziehungsberechtigten. Hierzu organisiert die Bundeskoordinierungsstelle Fachveranstaltungen, veröffentlicht Fachmaterialien und koordiniert die bundesweiten Fach- und Austauschtreffen des Bundesnetzwerks Ombudschaft. [Weitere Informationen und Kontaktdaten](#)
Die DGSF wird Kontakt zu der Koordinierungsstelle aufnehmen und Kooperationsmöglichkeiten sondieren.

„Wir sind doch keine Heimkinder“ – Filmprojekt und Initiative gegen Stigmatisierung von „Heimkindern“

In Deutschland leben – laut Angaben der Graf Recke Stiftung – derzeit etwa 1,7 Mio. Menschen mit sogenannter Heimerfahrung [...]. Die Initiative der Graf Recke Stiftung „Wir sind doch keine Heimkinder“ versteht sich als Impuls [...], das tradierte Stigma „Heimerziehung“ aufzubrechen. Unter dem Motto „Umdenken. Reden. Bewältigen.“ richtet sich die Initiative sowohl an Kinder und Jugendliche, die aktuell in betreuten Wohngruppen leben, als auch an Träger von Jugendhilfeeinrichtungen und deren Personal sowie an kommunale und kirchliche Bildungsstätten. Weitere Zielgruppen sind Lehrerinnen und Lehrer sowie ehemalige „Heimkinder“, von denen ein Großteil auch heute noch aus Scham die eigene Heimvergangenheit verschweigt. Kernstück der Initiative ist der Film von Anke Bruns: „Wir sind doch keine Heimkinder“, der am 14. Februar 2019 in Düsseldorf Premiere feierte. Kinder und Jugendliche einer Wohngruppe kommen in dem 52-minütigen Film ebenso zu Wort wie ehemalige „Heimkinder“, Erzieher, Eltern und Verantwortliche aus der Graf Recke Stiftung [...]. Weiterhin sollen in Form von Fachtagen und

anderen Veranstaltungen in Schulen, Heimen und in der Öffentlichkeit das Thema mit Betroffenen diskutiert werden. Auf der Website <http://www.wir-sind-doch-keine-heimkinder.de> finden Interessierte alle Informationen zur Initiative sowie vielfältige Hinweise zu weiteren Veranstaltungen und Anregungen zur Behandlung des Themas im Unterricht [...].

Pilotprojekt: Systemisches Arbeiten in der Erziehungshilfe in Kooperation von IGfH, praxis-institut süd und DGSF ab Dezember 2019

Die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) bietet gemeinsam mit dem praxis-institut für systemische beratung süd im Rahmen eines Pilotprojektes und in Kooperation mit der DGSF eine Weiterbildung „Systemische Beratung mit Schwerpunkt Hilfen zur Erziehung“ an. Es sind noch ein paar Plätze frei! [Nähere Informationen und Anmeldungen.](#)

DGSF – Deutsche Gesellschaft für Systemische
Therapie, Beratung und Familientherapie e. V.
Jakordenstraße 23 | 50668 Köln
Fon 0221 168860-0 | Fax 0221 168860-20
Mobil 0176 43246330
averbeck@dgsf.org | www.dgsf.org